

Pressemitteilung

Berlin, 05. Januar 2015

Nr. 1/2015

Kommunale Finanzlage angespannt

- Entlastung notwendig
- Soli-Aufkommen unverzichtbar

„Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung in Deutschland bleibt die Finanzlage vieler Städte und Gemeinden weiter angespannt und dramatisch. Obwohl die Arbeitslosigkeit niedrig ist, sind die Sozialausgaben der Kommunen gestiegen und werden die Schallgrenze von 50 Mrd. Euro 2015 überschreiten. Ein Ende ist nicht abzusehen“, sagte DStGB-Präsident **Christian Schramm**, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen, heute vor der Presse in Berlin.

Trotz der Initiativen einiger Länder durch Stärkungspakte oder Schutzschirme, die kommunale Finanzlage zu verbessern, sind die **Kassenkredite weiter gestiegen** und belaufen sich auf 48,6 Mrd. Euro. Deutlich mehr als ein Drittel aller kommunalen Schulden werden mittlerweile über diese Kredite finanziert. Darin liegt ein hohes Risiko, insbesondere dann, wenn die Zinsen wieder steigen. Gleichzeitig verhindern diese Belastungen die notwendigen kommunalen Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Breitbandausbau.

Die Spreizung zwischen armen Kommunen auf der einen Seite und positiven Entwicklungen in anderen Regionen nimmt zu. Damit wird zugleich der Auftrag des Grundgesetzes nach gleichwertigen Lebensverhältnissen für die Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland in Frage gestellt. Die Spirale nach unten beschleunigt sich, weil dort wo wenig investiert wird kein attraktives Umfeld für Wirtschaft und Menschen gewährleistet ist. **Nach Einschätzung des DStGB wird die Gesamtheit der Kommunen in Deutschland 2014 die „schwarze Null“ nicht erreichen.** Im Gegenteil: in den ersten drei Quartalen 2014 ist das kommunale Finanzierungsdefizit gegenüber dem Vorjahr von minus 1,5 Mrd. Euro auf minus 2,6 Mrd. Euro angestiegen. In vielen Kommunen ist nach vor die Finanzlage katastrophal ist.

Notwendig ist eine **schnelle Umsetzung der zugesagten Entlastung der Kommunen in Höhe von fünf Milliarden Euro jährlich.** Wir erwarten, dass diese Mittel bei allen Kommunen in Deutschland ankommen und die not-

Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030.773 07.225
Telefax 030. 773 07.200

E-Mail: dstgb@dstgb.de
Homepage:
<http://www.dstgb.de>

ViSdP
Geschäftsführendes
Präsidialmitglied
Dr. Gerd Landsberg
Pressesprecher
Franz-Reinhard Habel

wendigen Gesetze – unabhängig von der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen – noch dieses Jahr auf den Weg gebracht werden. Die Städte und Gemeinden brauchen insoweit Planungssicherheit.

Bei der **Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen** darf es nicht nur um das Verhältnis zwischen Bund und Ländern gehen. Ziel muss es sein, auch die kommunale Finanzlage nachhaltig zu stärken und damit Investitionen zu ermöglichen. Spielräume, das Aufkommen des Solidaritätszuschlages (15 Mrd. Euro/jährlich) auch nur teilweise für Steuerentlastungen (zum Beispiel Abbau der kalten Progression) zu nutzen, sieht der DStGB nicht. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erwartet bessere Schulen, Straßen, Wege und Plätze, mehr Bildung für die Kinder, eine Qualitätsoffensive bei der Kinderbetreuung und ein schnelles Internet vor Ort. Dies ist den Menschen wichtiger, als eine geringfügige Steuerentlastung die am Ende doch nur durch neue Schulden gegenfinanziert werden muss.

Die deutschen Kommunen können immer weiter steigende Sozialausgaben bei einer zurückgehenden Bevölkerung nicht tragen. Wir brauchen grundlegende **Reformen der sozialen Sicherungssysteme** mit dem Ziel, Bürokratie abzubauen, den wirklich Bedürftigen zu helfen und den ungebremsen Kostenaufwuchs zu stoppen. Das wird nicht ohne mehr Eigenverantwortung der Einzelnen funktionieren können. Wir müssen in der Bevölkerung dafür werben, dass nicht alles was wünschenswert ist, auch finanziert werden kann. Nur so wird unser Sozialstaat zukunftsfest werden.

